

Igal Avidan

**»... und es
wurde Licht!«**

Jüdisch-arabisches
Zusammenleben
in Israel

BERENBERG

Einleitung

7

Kibbuz Lochamei haGetaot

15

Akko

27

Haifa

73

Jaffa

104

Lod

142

Ramle

195

Jerusalem

224

Nachwort

251

Danksagung

255

Einleitung

Ein Buch beginnt mit einem Satz: »Wir sind nicht in Deutschland, wir sind in Israel«, sagte ein Beter in der Stadt Lod angesichts der abgebrannten Synagoge.

Ein Buch beginnt mit einem Bild: Zwei Männer tragen zwei Thorarollen aus diesem verkohlten Bethaus.

Ein Buch beginnt mit einem Video: Ein aufgebrachter Mob überfällt einen wehrlosen Menschen. Er liegt regungslos auf der Straße. Ein Teenager steht neben seinem Kopf, beugt sich hinunter und schlägt ihm mit der Faust mehrmals ins Gesicht.

Ein Buch beginnt mit dem Post des Israelis Eliran als Reaktion auf ein Video verwüsteter arabischer Geschäfte: »Das ist nicht der Weg des Judentums,« schrieb er. »In der Geschichte sind schon zu viele Läden zerstört worden, nur weil ihre Besitzer jüdisch waren.«¹ Dann sammelte der religiöse und zionistische Jude im Internet einige Tausend Schekel Spenden. Er fuhr hundert Kilometer von Beersheba nach Bat Jam und verteilte die Spenden unter den betroffenen arabischen Ladenbesitzern.

Während der gewaltsamen Ausschreitungen vom Mai 2021 war ich schockiert von der arabischen Gewalt, schämte mich

¹ <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=6061791937179430&set=a.215664491792233&type=3>

für die jüdische und fand Trost in Elirans menschlicher Geste. Ein Jahr später war ich nach einer langen Coronapause wieder in Israel. Weil mich die Bilder von geschändeten Synagogen, brennenden Autos, Geschäften und Kulturstätten nicht losließen, beschloss ich, eine Reise durch Israel zu unternehmen, um den »Menschen an der Front« zu begegnen und ihnen zuzuhören, vor allem denjenigen, die an ein Zusammenleben glauben – aller Gewalt und Zerstörung zum Trotz.

Die beiden Grundprinzipien Israels als jüdischer und demokratischer Staat begleiten diesen seit seiner Gründung im Jahr 1948. Eine der zentralen Herausforderungen ist das Verhältnis zu den arabischen Israelis, die etwa ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, Tendenz leicht steigend. Ungeachtet der generell friedlichen Beziehungen kommt es immer wieder zu politischen Spannungen und auch Gewalt zwischen israelischen Juden und Arabern. Im Mai 2021 erlebte Israel die wohl schwersten Straßenschlachten seit 1948.

Wie haben arabische und jüdische Israelis diese Ausbrüche erlebt? Wie sehen sie die Zukunft? Diese Fragen sollen sich als roter Faden durch meine Begegnungen ziehen. Welche Auswirkungen haben die Unruhen bei meinen Gesprächspartnern hinterlassen? Haben sie ihre Einstellungen zum Zusammenleben geändert? Befragt habe ich bei meinen zwei Reisen fünfzig Juden und Araber in den fünf »gemischten Städten«, die ich besuchte: Akko, Haifa, Jaffa (ein Stadtteil von Tel Aviv), Lod und Ramle sowie Jerusalem und Kibbuz Lochamei haGetaot, wo ich im *Haus der Ghettokämpfer* etwas über den Umgang arabischer Israelis mit der Shoah lernen wollte.

Meine Gesprächspartner redeten gern, manche von ihnen führten mich sogar herum. Eine paritätische Zahl von jüdischen und arabischen Interviews war nicht möglich und nicht unbedingt sinnvoll, wichtiger war mir das, was dabei zur Sprache kam. Ich bemühte mich um verschiedene Perspektiven, versuchte, unterdrückten Stimmen zuzuhören, und bevorzugte Brückenbauer gegenüber Brandstiftern.

Der tagelange Gewaltausbruch vom Mai 2021 fand zu einem politisch ungewöhnlichen Zeitpunkt statt, ohne deshalb kurzfristig das politische Geschehen zu beeinflussen. Offensichtlich erkannten Politiker aus beiden Völkern, dass ihr Handeln trotz des Blutvergießens bei ihren Wählern immer noch genug Zustimmung genießt. Denn fast keiner wollte durch mutiges Vorpreschen seine politische Karriere beschädigen. Am 5. Mai 2021 wurde der liberale Zentrumsolitiker Yair Lapid vom Staatspräsidenten beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. Mit am Verhandlungstisch saß auch die islamische Vereinigte Arabische Liste (*Raam*): ein Novum in Israels Geschichte. Nach dem Ausbruch der Gewalt brach deren Vorsitzender Mansour Abbas die Koalitionsverhandlungen ab, setzte sie jedoch nach dem Ende der Auseinandersetzungen fort. Man einigte sich rasch, und am 2. Juni 2021 entstand die erste Koalition in Israel unter Beteiligung einer arabischen Partei, die jedoch keinen Minister nominierte. Das wäre zu viel gewesen angesichts des andauernden Konflikts mit den Palästinensern.

Der israelisch-palästinensische Konflikt dominiert die Israel-Berichterstattung in Deutschland. Wichtiger und interessanter scheint mir zurzeit der Blick auf die etwa zwei Millio-

nen arabischen Israelis (obwohl sich manche als Palästinenser bezeichnen, wäre diese Bezeichnung für die Leser verwirrend). Sie lassen sich nicht beispielsweise mit der türkischen Minderheit in Deutschland vergleichen, denn die arabische Minderheit in Israel besteht ja nicht aus einstigen Migranten: Einwanderung nach Israel ist zwar offizielle Politik, aber diese gilt nur für Juden und ihre Familienangehörigen. Das im März 2022 novellierte Staatsangehörigkeitsgesetz erschwert hingegen die Zusammenführung arabischer Israelis mit Palästinensern und Arabern aus feindlichen Staaten.

Zu Beginn der jüdischen Zuwanderung ins Land Israel Ende des 19. Jahrhunderts waren neunzig Prozent der Bewohner dort Araber. Als die UN-Vollversammlung 1947 beschloss, das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen, stellten die Araber knapp zwei Drittel der Einwohner. 1948 wurden sie aufgrund von Flucht und Vertreibung im neuen Staat Israel zur Minderheit, denn nur wenige arabische Flüchtlinge (der Begriff Palästinenser war damals nicht geläufig) durften nach Kriegsende zurückkehren. Ein Fünftel der Araber, die 1948 in Israel blieben, wurden zu »inneren Flüchtlingen«. Sie fanden Zuflucht in arabischen Ortschaften unweit ihrer Heimatdörfer, in die sie bis heute nicht zurückkehren dürfen. Ihre Ortschaften wurden einem Militärregime unterstellt, nicht jedoch gemischte (jüdisch-arabische) Städte wie Haifa oder Jaffa. Viele Araber in Israel verloren ihr Land, auf dem jüdische Neueinwanderer angesiedelt wurden. Obwohl sie allmählich eingebürgert wurden, fühlen sie sich dennoch bis heute als Bürger zweiter Klasse. Schließlich sind arabische Israelis Teil des pa-

löstinensischen Volkes – manche heiraten Palästinenser aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen, andere haben Verwandte dort oder in Jordanien, im Libanon oder Syrien.

Ein Beispiel für diese Verbindung ist der *Nakba*-Tag am fünften Tag des hebräischen Monats *Ijjar*, an dem arabische Israelis der palästinensischen Katastrophe von 1948 gedenken. Familien oder Mitglieder eines Dorfes versammeln sich an diesem Tag, der auch der israelische Unabhängigkeitstag ist, in ihrem ehemaligen Dorf oder neben dessen Resten. Für Palästinenser in Ostjerusalem, im Westjordanland, Gaza und im Ausland hingegen fällt der Gedenktag auf den 15. Mai. In den frühen 1990er Jahren nahmen die jährlichen Gedenkfeiern arabischer Israelis an diesem Tag einen bedeutenden Platz im öffentlichen Diskurs der Gemeinschaft ein. Als Gegenmaßnahme verabschiedete Israel 2011 das »*Nakba*-Gesetz«, das die Kürzung staatlicher Förderung für solche Organisationen zulässt, die der *Nakba* anstelle von Israels Unabhängigkeitstag gedenken. Das Nationalstaatsgesetz von 2018 schreibt den jüdischen Charakter des Staates fest und stellt die Gleichberechtigung der arabischen Israelis in Frage. Zudem ist Arabisch nicht mehr Amtssprache. Laut Gesetz gelten nur die jüdische Besiedlung des Landes und die jüdische Einwanderung als Grundfeste. Die arabischen Israelis stecken in der Zwickmühle: Ihr Staat befindet sich in einem Konflikt mit ihrem Volk, der alle Palästinenser betrifft, auch die in den besetzten Gebieten und diejenigen, die geflüchtet sind. Und er flammt immer wieder auf, in den letzten Jahren im Gazastreifen oder in der Altstadt von Jerusalem. Über Friedensperspektiven redet in Israel zurzeit kaum jemand, und seit der

palästinensische Terror zurückgegangen ist, ignoriert die israelische Öffentlichkeit die Palästinenser weitgehend. An den hohen jüdischen Feiertagen, am Pessach- und Purimfest, verhindert Israel seit Jahren die Einreise aus den Palästinensergebieten. Man wähnt sich in Sicherheit dank des (an manchen Stellen leicht überwindbaren) Grenzzauns, der Mauer und der amerikanischen Luftabwehrraketen.

Anders erleben das die arabischen Israelis, auch wenn sie selbst schon Opfer von Terroranschlägen oder Raketenangriffen waren. Nur ganz wenige von ihnen beteiligten sich an Terroranschlägen. Hunderte oder sogar Tausende nahmen jedoch an den Attacken auf Juden im Mai 2021 teil. Weil die meisten Täter und Opfer in derselben Stadt leben, manchmal sogar in derselben Straße, konnte keine Sperranlage diese Explosion der Gewalt verhindern. Viele meiner Gesprächspartner erwarten für die Zukunft noch schlimmere Unruhen. Deswegen ist dieser innerisraelische Konflikt für Israel existenzieller als die vorherigen, denn er betrifft seine Identität, vor allem als Demokratie.

Die Stimmung unter den Palästinensern in Ostjerusalem war Ende April 2021 gereizt, weil die Wahl des palästinensischen Parlaments am 22. Mai und die Präsidentschaftswahl am 31. Juli 2021 auf ein unbestimmtes Datum verschoben worden waren. Ausgelöst wurden die Unruhen dann durch Proteste palästinensischer Bewohner des Stadtteils Sheikh Jarrah, die in Ostjerusalem gegen die geplante Räumung ihrer Unterkünfte durch Juden protestierten. Sie weiteten sich aus durch Zusammenstöße zwischen rechtsextremistischen Israelis und protestierenden Arabern am Nablus-Tor in der Altstadt sowie

zwischen Muslimen und Polizisten auf dem Tempelberg. All das während des Fastenmonats Ramadan.

Am 10. Mai 2021 feierten Tausende Israelis den Jerusalemtag, mit dem in Israel der Vereinigung der Hauptstadt im Krieg von 1967 gedacht wird. Für arabische Israelis steht dieser Tag sinnbildlich für die Präsenz der israelischen Besatzung. Nachdem Polizisten aus der al-Aqsa-Moschee mit Steinen beworfen worden waren, stürmten sie auf den Tempelberg und warfen Blendgranaten in die Moschee. Dutzende Menschen wurden verletzt.

Daraufhin stellte die in Gaza regierende Hamas ein Ultimatum: Israel solle binnen einer Stunde seine Truppen vom Tempelberg und aus Sheikh Jarrah abziehen. Nur Minuten nach Ablauf des Ultimatums feuerte die Hamas eine Raketen-salve vor allem in Richtung Jerusalem, so dass der Fahnenzug abgebrochen werden musste. Das war eine Blamage für Israel und ein Propagandasieg für die Hamas, die sich als »Beschützer der al-Aqsa-Moschee« profilieren konnte. Als Reaktion startete die israelische Armee im Gazastreifen die groß angelegte Militäroperation »Beschützer der Mauer«. Damit schwappte die Gewalt auf das Kernland Israel über und breitete sich vor allem auf die gemischten Städte aus, in denen keine Mauer Schutz bietet – ein guter Nachbar aber schon.

Kibbuz Lochamei haGetaot

Das *Haus der Ghettokämpfer* im gleichnamigen Kibbuz im Norden Israels schrieb bereits mehrmals Geschichte. Das erste bescheidene Archiv wurde im April 1950 von ehemaligen Widerstandskämpfern und Partisanen gegründet – am Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto. 1959 wurde neben dem osmanischen Aquädukt der jetzige Museumsbau eingeweiht, der an das israelische Parlament erinnert. Heute blickt er auf das Amphitheater, grüne Felder und einen Orangerhain. Bei der Shoah-Gedenkzeremonie im April 2020, nur einen Monat nach Ausbruch der Coronapandemie, waren es zum ersten Mal keine Shoah-Überlebenden, die zum Gedenken an die sechs Millionen jüdischen Opfer sechs Leuchter anzündeten. Man wollte sie nicht gesundheitlich gefährden, und deswegen entzündete zum ersten Mal eine Araberin das Feuer zu Ehren der Judenretter: Hadil Mazel.¹ Mazel lebt mit ihrer Familie in einem Kibbuz und arbeitet als Krankenschwester in der Notaufnahme des Hagalil-Krankenhauses in der Stadt Naharija. Die 33-jährige Beduinin wuchs in Ramle mit Shoah-Überlebenden als Nachbarn auf. »Jitzhak hat mir während meiner Kindheit immer wieder seine Geschichte er-

1 <https://www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-5718485,00.html>

zählt, wie er seine Frau Chaja vor dem Tod gerettet hat. Auch später waren sie Helden, als sie nach Israel kamen, den Staat gründeten und ihn all die Jahre verteidigten.« Bei der Zere-
monie erinnerte sie an die polnische Familie Mackiewicz, die das jüdische Mädchen Lila und fünf ihrer Familienangehö-
rigen retten konnte. Lila Hundert, die im Kibbuz lebte, starb dort mit 88 Jahren.

Geschichte schrieb hier auch Noha Khatib, die sich als Araberin, Palästinenserin und Muslima definiert. Sie leitet seit 2017 das *Zentrum für humanistische Bildung*, welches das *Haus der Ghettokämpfer* in seiner Arbeit ergänzt. »Ab der fünften Klasse besuchte ich eine arabische Schule, wo mich die Shoah überhaupt nicht interessierte. Im Gymnasium war die Shoah ein Teil der Prüfung in Geschichte, und wir lernten die Ant-
worten auf die möglichen Fragen auswendig, mehr nicht.«

Die Wende kam für sie erst in der ersten jüdisch-arabi-
schen Schule in Israel, die sie 1998 im Regionalrat *Misgav* mit-
gründete. »Ich entdeckte die Shoah erst als Lehrerin in dieser bilingualen Schule, als eine Kollegin mir die Geschichte ihres Vaters, eines Shoah-Überlebenden, erzählte. Das schockierte mich, weil auf einmal aus der Geschichtsstunde eine unmittelbare persönliche Geschichte wurde.« Seitdem bildet die Shoah einen Mittelpunkt ihrer Arbeit.

Immer wenn sich der Shoah-Gedenktag näherte, erzählt Khatib, berieten die Lehrer, ob und wie man das Thema mit Kindern behandeln solle. »Statt einer Gedenkzeremonie or-
ganisierten wir Diskussionsgruppen von Lehrern und Schü-
lern. Es war mir klar, dass man Erstklässler damit verschonen muss.«

Ging es darum, über den Schmerz Menschen miteinander zu verbinden?

»Ja, Gefühle wirken hier viel stärker als Fakten und lassen auch starke Aussagen leichter ertragen. Die Empathie gilt zuerst meinem Gegenüber und nicht einem Volk. Was mich motivierte, war, dass ich das machte, woran ich glaube, und zu sehen, dass es möglich ist. Heute ist es Realität, und dieses Bildungssystem wächst.« Die Politik außerhalb der Schule interessierte sie nicht. 2004 gründete sie die einzige binationale Schule in einem arabischen Ort, die sie bis 2008 leitete. Dort gingen auch ihre Kinder zur Schule. »Solche Projekte fördern eine gesündere Gesellschaft.«

Die Idee des *Zentrums für humanistische Bildung* stammte von Schulleiterin Raya Kalisman, die in einem Dorf in Galiläa lebte und jahrelang Begegnungen mit arabischen Schulen organisierte. »Nur über die Shoah sprachen wir niemals.« In Washington besuchte sie 1994 das neue *Holocaust Memorial Museum* und initiierte danach zusammen mit anderen ein Bildungsprojekt zur Shoah. Was sie damals erstaunte, war zum einen, dass die Projektleiterin schwarz war, und zum anderen, dass die Jugendlichen, die an diesem Projekt teilnahmen – afroamerikanische, Latino- und asiatische Jugendliche –, neue Erkenntnisse über den Rassismus und die Gewalt gewinnen konnten, die sie im Alltag erlebten. »Ich verstand durch diese wunderbaren Begegnungen mit den Jugendlichen, dass die Shoah, so wie das Thema in Washington behandelt wurde, auch meine arabischen Nachbarn interessieren könnte.« Kalisman gründete 1995 das *Zentrum für humanistische Bildung*, das sie achtzehn Jahre leitete. »Ich bin sehr stolz, dass

auch während der Intifada 2000 und während des Zweiten Libanonkriegs 2006, der Militäroperationen in Gaza und der schweren Terroranschläge, kein Seminar abgesagt werden musste.« Das Zentrum brachte arabischen Kindern die Shoah durch Begegnungen mit Juden bei.

Wie steht es mit dem Shoah-Unterricht in arabischen Schulen?

Khatib: »Wir fangen damit – und auch das ist neu – in der neunten Klasse an (also mit fünfzehn). Man blendet das Thema auch wegen des israelisch-palästinensischen Konflikts aus. Wir aber wollen die israelische Gesellschaft prägen, und deswegen arbeiten wir auch mit Erwachsenen und mit verschiedenen Gruppen.«

Doch nicht alle wollen mitmachen. Im Oktober 2021 lud Noha Khatib den rechtsnationalen Abgeordneten Bezalel Smotrich ins Zentrum ein. In einem offenen Brief hatte sie seine Aussage im Parlament den arabischen Kollegen gegenüber als rassistisch kritisiert. Smotrich hatte sie als Feinde bezeichnet und hinzugefügt: »Es ist ein Fehler, dass ihr hier seid, nur weil Ben Gurion die Arbeit nicht zu Ende brachte und euch 1948 nicht vertrieb.«

Folgte der Politiker deiner Einladung?

»Nein, das habe ich auch nicht erwartet. Aber ich versuche, die Menschen, die er vertritt, zu einer Diskussion über Werte und Bildung einzuladen, die viel wichtiger ist, als Skandale in der Knesset anzuzetteln. Solchen Menschen ist das Wohl der Gesellschaft völlig egal, sie wollen nur Gift versprühen.« Seit Ende 2022 ist Bezalel Smotrich Finanzminister und im Vertei-

digungsministerium zuständig für die Palästinenser im Westjordanland.

Khatib brachte ein Jahr lang jüdische und arabische Schulklassen zusammen, »damit den Schülern ein Fenster geöffnet wurde und das Leben hier aus einer anderen Perspektive erlebt werden konnte. Solche Begegnungen werden in der jeweiligen Gruppe vorbereitet, um authentische Fragen zu diskutieren und nicht über den Diskurs in den Medien. Wir denken uns diese Fragen aus und bereiten die Diskussionen vor, weil unsere Gesellschaft in getrennten Gruppen lebt.« Die Shoah dient als Hintergrund, um Schlussfolgerungen zu ziehen. »Ein Beispiel: Du wohnst in einem Mietshaus. Wen würdest du als Nachbarn ablehnen? Als die Teilnehmer die Ergebnisse der Gruppe auf der Tafel sehen, sind sie verlegen.« Sind ihr die Befürchtungen von jüdischer Seite bewusst, die Araber könnten nur deshalb Interesse für das Leiden der Juden in der Shoah zeigen, damit Juden das Leiden ihrer Familien in der *Nakba* anerkennen? »Natürlich. Jeder bringt seinen Schmerz in die Diskussionsrunde, auch die *Nakba*. Wir schreiben nicht vor, welche Leiden zulässig sind und welche nicht. Es geht nicht um Vergleiche; niemand wäre erleichtert, weil der Schmerz des anderen größer ist. Würde ich aber einem arabischen Jungen in der Shoah-Ausstellung verbieten, Vergleiche zu ziehen, würde er nichts anderes tun. Jedes Jahr kommen Richter und ihre Helfer zu einem dreitägigen Seminar hierher – vermittelt durch eine Absolventin von uns, die selbst Richterin ist.«

In unserem ersten Gespräch sagtest du: »Wenn ich vor einer Shoah-Überlebenden sitze, sehe ich meine Oma vor mir.«

»Stimmt. Auch meine Oma wurde aus ihrem Dorf Bassa in den Libanon vertrieben. Sie kehrte zurück, durfte aber ihr Haus nicht betreten, und seitdem ist sie ein Flüchtling. Von ihrem Dorf stehen nur noch Reste der Moschee und der Kirche.« Da, wo sich das Dorf befand, liegen heute die Orte Betzet, Shlomi und Achziv. Khatib selbst wohnt in der Stadt Karmiel,² einer längst gemischten Stadt, wo es aber immer noch keine arabischen Einrichtungen gibt.

Und keine arabischen Straßennamen?

»Bestimmt nicht, aber das ist auch nicht mein Herzenswunsch. Ich bin nicht gekommen, um diese jüdische Stadt oder mich selbst zu ändern. Hätte ich kleine Kinder, würde ich mich für einen bilingualen Kindergarten engagieren und für gemeinsame Einrichtungen dieser Art, statt Diskussionen darüber zu führen, wie sich der jüdische Charakter bewahren lässt.«

Sorgen über die Zukunft macht sich Khatib nicht, denn das Zentrum wird zu einem geringfügigen Teil vom Bildungsministerium finanziert. »Ich wünsche mir, sie würden dort unsere Arbeit angemessener würdigen, auch finanziell«, schmunzelt sie. »Aber wir haben auch private ausländische Förderer und Organisationen.«

Noha Khatib sieht sich nicht als Shoah-Expertin, sondern als »Expertin für zwischenmenschliche Beziehungen, Werte

2 Karmiel wurde 1964 gegründet, um Galiläa »jüdischer zu machen«. Heute sind zwanzig Prozent der 50 000 Einwohner arabisch, Tendenz steigend, weil viele junge Paare kein freies Grundstück im Dorf der Familie finden können.

und Bildung sowie dafür, Gruppen aus verschiedenen Kulturen zusammenzuführen – auch mittels jüdischer Geschichte und der Shoah«. Aktuell beleuchtet eine Ausstellung die Verfolgung der Zeugen Jehovas durch die Nationalsozialisten. »Diese Stimmen sind selten, und wir wollten sie zeigen, weil es unsere Aufgabe ist, unbekannte Geschichten über die Shoah und den zivilen Widerstand zu bringen. Für ihre Werte mussten sie einen Preis zahlen. Die Initiative kam von den Zeugen Jehovas. Die vorige Ausstellung stellte die *Weißerose* vor, die auch unserer Sichtweise entspricht.«

Die Unruhen 2021 bezeichnet Khatib als »surreal«, vor allem die Lynchversuche und die Angst, fremdes Gebiet zu betreten. »Das waren sehr schwierige Tage, viel Spannung lag in der Luft, obwohl sich an meinem Alltag nichts geändert hatte. Natürlich machte ich mir Sorgen um meinen Sohn, wenn ich ihn zum Bus brachte, und hatte Angst, es könnte was passieren. Aber ich wollte nicht nachgeben. Mir fehlt das kontinuierliche Gespräch, nicht nur bei solchen erschreckenden Ereignissen. Und sie werden nur noch schrecklicher, wenn wir unsere Haltung nicht ändern.«

Auch Yigal Cohen schrieb als erster orientalischer Direktor eines Shoah-Museums in Israel Geschichte. Obwohl seine Eltern aus Tunesien stammen, interessiert sich der 52-Jährige, seit er sich erinnern kann, für die Shoah. Befeuert wurde seine Neugier durch Begegnungen mit einem Rabbiner in der Religionsschule, die er besuchte, einem Shoah-Überlebenden, »der mir von seinen Erlebnissen erzählte. Bis heute erinnere ich mich an diesen alten Mann mit der eintätowierten Num-

Leseprobe aus:

Igal Avidan

»... und es wurde Licht!«

Jüdisch-arabisches Zusammenleben in Israel

Originalausgabe

256 Seiten · Klappenbroschur · 120 × 183 mm

© 2023 Berenberg Verlag GmbH, Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin

Konzeption | Gestaltung: Antje Haack | www.lichten.com

Satz | Herstellung: Büro für Gedrucktes, Beate Zimmermanns

Einbandillustration: Antje Haack

Printed in Germany

ISBN 978-3-949203-59-6

Auch als E-Book:

eISBN 978-3-949203-74-9



BERENBERG